



Brötchen beim Bäcker

SERVICE >> [sol.immowelt.de](#) [sol.stellenanzeigen.de](#) [sol.onetwosold.de](#) [Anzeigen a](#)



<< Zurück [weltnews](#) >> Nächster Artikel



- ▶ [titelseite](#)
- ▶ [schlagzeilen](#)
 - [news-übersicht](#)
 - [weltnews](#)
 - [wirtschaft](#)
 - [wissenschaft](#)
 - [boulevard](#)
 - [sport](#)
 - [grundschul-special](#)
- ▶ [das wetter](#)
- ▶ [saar-termine](#)
- ▶ [Saarbrücker Zeitung](#)
- ▶ [maxclub](#)
- ▶ [pfälzischer merkur](#)
- ▶ [meinungsforum](#)
- ▶ [anzeigen](#)
- ▶ [clickMe-fotos](#)
- ▶ [suchen & finden](#)
- ▶ [sol-community](#)
- ▶ [sport](#)
- ▶ [saar.amateur](#)
- ▶ [automobil](#)
- ▶ [reise](#)
- ▶ [wirtschaft & geld](#)
- ▶ [tv, stars & musik](#)
- ▶ [pc, handy & co.](#)
- ▶ [saar shopping](#)
- ▶ [branchenfürer](#)
- ▶ [schlauer umziehen](#)
- ▶ [impressum & kontakt](#)

Nach Tarifeinigung droht Konflikt mit Ländern

▶ Neu: Google nach Schlüsselbegriffen durchsuchen

Berlin (dpa) - Nach der Tarifeinigung für knapp 2,3 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst wächst der Druck auf die Länder, sich der grundlegenden Reform anzuschließen.



©GROSS

Bundesinnenminister Otto Schily (l) und Frank Bsirske, Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), die am Mittwoch in Potsdam nicht mit am Verhandlungstisch saß, lehnte den Kompromiss zwischen den Gewerkschaften, dem Bund und den Kommunen am Donnerstag ab. Neben kritischen Stimmen stieß das Tarifiergebnis auf große Zustimmung.

Der für den Osten zuständige Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe (SPD) begrüßte den Abschluss. «Damit sind wir dem Ziel, die Lebensverhältnisse in Ost und West weiter anzugleichen, einen großen Schritt näher gekommen.» Die Union kritisierte das Ergebnis als unzureichend. Die Einigung sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, die Arbeitszeitregelungen angesichts der prekären Finanzlage der Kommunen aber problematisch, erklärten CDU-Chefin Angela Merkel und CSU-Landesgruppenchef Michael Glos. Auch der FDP- Innenexperte Max Stadler hält die Arbeitszeitregelung für die Länder für nicht akzeptabel.

Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) bezifferte die Kosten für den Bundeshaushalt auf 75 Millionen Euro pro Jahr. Das Geld müsse von den einzelnen Ressorts erwirtschaftet werden. «Für den Bundeshaushalt insgesamt ergibt sich dadurch keine zusätzliche Belastung», sagte er dem «Handelsblatt». Den Tarifabschluss bewertete er «rundum positiv». Zukunftsweisend sei die Einführung einer größeren Flexibilität im öffentlichen Dienst.

Branchensuche:

[go!](#)
Beispiel: "Restaurant" eingeben & Go!

In Potsdam hatten der Bund und die Kommunen mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Tarifunion des Beamtenbundes (dbb) die umfassendste Reform des öffentlichen Tarifrechts seit mehr als 40 Jahren vereinbart. Leistung soll bei der Bezahlung eine stärkere Rolle spielen. Bei der strittigen Frage der Arbeitszeit sieht der Tarifvertrag differenzierte Regelungen und nur eine mäßige Anhebung im Westen vor.

Die klare Mehrzahl der Bundesländer mit ihren insgesamt etwa 900 000 Tarifbeschäftigten lehnt den Abschluss als zu teuer ab. Lediglich Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sahen nach einer dpa-Umfrage eine gute bis akzeptable Grundlage für die Verhandlungen. «Die

Google-Anzeigen**Immobilien Ost**

Häuser,
Wohnungen und
Grundstücke in
Ihrer Region.

immopool.de

Immobilienrecht

Grundstücke
Ostimmobilien
Makler Beratung
Vertragsgestaltung
Prozeß

www.pruefer-rechtsanwaelte.de

Viva Brasil Dance Show

Professionelle
Shows für jeden
Anlass. Samba,
Salsa, Carpoeira
etc

www.viva-brasil-sambashow.de

Nebentätigkeitsrec

Ratgeber nur 7,50
€ für Beamte und
Angestellte im
öffentlichen Dienst

www.nebentaetigkeitsrect

meisten Länder sind pleite. Deswegen können wir den Abschluss für Bund und Kommunen nicht übernehmen», sagte der TdL-Vorsitzende, Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU), der dpa. Die Länder benötigten Öffnungsklauseln für längere Arbeitszeiten. «Wir haben in Nordrhein-Westfalen die 41-Stunden-Woche, in Bayern und Baden-Württemberg die 42-Stunden-Woche. Deshalb kann die TdL keinen Tarifvertrag unterschrieben, der diese Länder zwingt, wieder eine geringere Arbeitszeit zu akzeptieren.»

Ver.di-Chef Frank Bsirske lehnte die Forderung aus den Ländern nach längeren Arbeitszeiten ab. «Dieser Weg ist falsch», sagte er in der ARD. Das sei nicht die Reform, «für die jetzt die Weichen gestellt worden sind bei den Kommunen und dem Bund». Ver.di-Vorstandsmitglied Kurt Martin hatte angekündigt, notfalls werde es Streiks geben, wenn die Länder dem Abkommen nicht beitreten.

Anzeige



 **Artikel ausdrucken**

 **Artikel versenden**

[\[nach oben \]](#)